

Nr. XIX. GP.-NR
1995 -11- 15 13

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Voggenhuber, Petrovic Freundinnen und Freunde

an den Bundeskanzler

betreffend EU-Regierungskonferenz 1996 und das erste Jahr in der Europäischen Union

Seit knapp einem Jahr ist Österreich Mitglied der EU. Für den Beitritt hat die Bundesregierung aus Sicht der unterzeichneten Abgeordneten verheimlicht, beschönigt und Propaganda betrieben. "Ohne Wenn und Aber" wollte Bundeskanzler Franz Vranitzky der EU beitreten¹. Nach diesem Motto gestalteten sich auch die Beitrittsverhandlungen. Die Bundesregierung, die sich in ihrer Beitrittseuphorie völlig einig war, versprach der österreichischen Bevölkerung Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze und Reisefreiheit. "Österreich darf nicht Albanien werden" war nur einer der Slogans, der die Koalition einte. Warnende Stimmen wie jene der Grünen, insbesondere im Hinblick auf die hohen Beitrittskosten, wurden in der Öffentlichkeit als Europafeindlichkeit denunziert.

Knapp ein Jahr nach dem Beitritt sind die Euro-Luftschlösser nun endgültig geplatzt, die Vorschußlorbeeren für die Bundesregierung verpufft. Denn die Realität des österreichischen EU-Beitrittes sieht anders aus als von der Bundesregierung prophezeit. Kein einziges Versprechen ist bisher eingetroffen, im Gegenteil:

* Vor der Volksabstimmung wurden für 1995 ein Beschäftigungszuwachs von 0,3 % und 10.000 neue Arbeitsplätze prognostiziert. Für die ersten 6 Jahre nach dem Beitritt wurden 50.000 neue Arbeitsplätze versprochen². Nun aber verzeichnet Österreich erstmals zusätzlich zum Anstieg der Arbeitslosigkeit einen Rückgang der Beschäftigung. Statt den prophezeiten 10.000 Arbeitsplätzen mehr sind es nun 10.000 weniger. Laut Wirtschaftsforscher Breuss wäre ein Wachstum von drei bis vier Prozent notwendig, um die Arbeitslosenquote zu senken³. Tatsächlich beträgt das Wirtschaftswachstum heuer 2,4 %, für 1996 wird laut WIFO ein Rückgang auf 2 % erwartet.

¹ Bundeskanzler Franz Vranitzky, anlässlich der Verleihung des Karlspreises an den spanischen Ministerpräsidenten Gonzales in Aachen.

² Das Buch, Europa von A - Z, Eine Initiative der Bundesregierung, Bundeskanzleramt - Staatssekretariat für Integration und Entwicklungszusammenarbeit (Hg.), Wien, 1992, Seite 49.

³ PRESSE, 16. 10. 1995, S. 16.

* Statt 12 Mrd. öS Beitrittskosten im Jahr, die die Bundesregierung durch den Anstieg des Wirtschaftswachstums "leicht wieder hereinbringen wollte", kostet der EU-Beitritt 1995 nun 50 Mrd. öS (Konvergenzprogramm der Bundesregierung, S. 11), die nun mittels brutalen Sparpaketen hereingebracht werden müssen.

Der Bevölkerung wird freilich etwas anderes erzählt: Schuld am härtesten Budgetkonsolidierungskurs der 2. Republik seien FrühpensionistInnen, Alleinerzieherinnen, Studierende, Arbeitslose, BeamtInnen. Das Sozialsystem sei nicht mehr finanzierbar, heißt nun die neue Parole.

* Das erfolgreiche Rezept, mit der Angst der BürgerInnen vor einem etwaigen "Draußenbleiben aus dem Klub Europa" zu spielen, wird beim Thema Währungsunion wiederholt. "Bei der Währungsunion wird Österreich unter den ersten sein" erklärt Bundeskanzler Franz Vranitzky⁴. Wieder werden die tatsächlichen Kosten verschwiegen und kritische Stimmen nicht wahrgenommen. Dabei warnen bereits renommierte Wirtschaftsforscher, u. a. die sechs führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute und der sog. "Weisenrat" der deutschen Bundesregierung, vor der Währungsunion 1999⁵.

* Der Transitvertrag zwischen Österreich und der EU wurde von der Bundesregierung als "größter Erfolg" gefeiert. Das von Staatssekretärin Ederer bejubelte "bahnbrechende" Ergebnis, ist im wahrsten Wortsinne nur 1 Jahr nach der EU-Volksabstimmung Realität. Im über 150.000 mal verteilten EU-Werbebuch des Bundeskanzleramtes heißt es im Kapitel Transit: "Österreich hat durch seine harte Haltung bei der Europäischen Gemeinschaft ein Umdenken in der europäischen Verkehrspolitik erreicht. Zum Schutz von Bevölkerung und Umwelt wird nun eine zunehmende Verlagerung von der Straße auf die Schiene (kombinierter Verkehr) angestrebt. Dieses Ziel erfordert allerdings den zügigen Ausbau von transeuropäischen Bahnstrecken, der finanziell nur gemeinsam bewältigt werden kann."⁶ Obwohl die im Transitvertrag angenommenen Basiszahlen schon grob manipulativ waren, ist die Bilanz nach nur einem halben Jahr EU-Mitgliedschaft katastrophal für die AnrainerInnen und die Umwelt.

*Die Legende der Reisefreiheit wird als solche noch ein Jahr der EU-Volksabstimmung offenkundig. Selbst an den EU-Binnengrenzen sind die normalen Grenzkontrollen aufrecht. Das einzig wirklich Neue seit der Abstimmung ist die österreichische Unterschrift unter den Schengenvertrag. Trotz anderslautender Beteuerungen, "Österreich werde Schengen

⁴ Bundeskanzler Franz Vranitzky, anlässlich eines Treffens mit EU-Kommissionspräsident Santer in Fuschl am 22. 8. 1995.

⁵ APA349 vom 24. 10. 1995, APA127 vom 14. 11. 1995.

⁶ Das Buch, Europa von A - Z, Eine Initiative der Bundesregierung, Bundeskanzleramt - Staatssekretariat für Integration und Entwicklungszusammenarbeit (Hg.), Wien, 1992, Seite 151)

natürlich nicht beitreten müssen", wird somit weiter entschieden am Außengrenzschutz und damit an der "Festung Europa" gebastelt. Die vielgepriesene "persönliche Erfahrung", die die Einheit der EU vermittelt, ist die Erfahrung des Flüchtenden an den Außengrenzen der Wohlstandsfestung EU.

Doch die Bevölkerung hat dies schon längst durchschaut. SPÖ und ÖVP haben in der Europapaolitik keine Glaubwürdigkeit mehr. Nur mehr 39 % der ÖsterreicherInnen wäre heute für einen EU-Beitritt⁷ und 55 % sprechen sich explizit gegen die Währungsunion aus⁸. Aus Sicht der Grünen sind die Ursachen für die EU-Skepsis nicht nur das Informationsdefizit der Bevölkerung und die mangelnde Transparenz der Vorgänge auf europäischer Ebene, sondern v. a. die starre Haltung beitrittseuphorischer PolitikerInnen, die die EU in ihrer derzeitigen Gestaltung "ohne Wenn und Aber" akzeptieren.

Die EU-Regierungskonferenz 1996 stellt nun insbesondere für die neu beigetretenen Länder eine Möglichkeit dar, den europäischen Integrationsprozeß aktiv mitzugestalten. Diese Konferenz wird nicht nur von neuen Herausforderungen für Europa geprägt sein, sondern auch von Nationalismen, die eine soziale und ökologische Allianz aller europäischen Länder verhindern wollen. Für Österreich gilt es daher, die Chance des Einstimmigkeitserfordernisses bei Entscheidungen im Rahmen dieser Konferenz optimal zu nutzen und das Versprechen an die Bevölkerung einzulösen, sich aktiv für eine europäische Integration auf friedlicher, sozialer, ökologischer Basis einzusetzen.

Denn ein solches Europa hat mit der EU in ihrer derzeitigen Form nichts gemeinsam. Die EU gleicht einer Festung - sowohl in politischer als auch in ökonomischer Hinsicht: Statt freiem Welthandel und aktiver Entwicklungspolitik bildet die EU neue Handelsbarrieren und rüstet ökonomisch auf. Ziel ist die Schaffung einer europäischen Einheitswährung als Gegengewicht zum US-\$ und zum YEN. Dafür ist jedes Mittel recht: Überstürzte Budgetkonsolidierung in allen EU-Ländern um den Preis von erhöhter Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und umweltzerstörende Transeuropäische Netze statt aktiver Regionalpolitik und fairen Ausgleich zwischen Nord und Süd. 18 Millionen Arbeitslosen soll mit "Wachstum und Wettbewerb" begegnet werden.

Die Militarisierung des EU-Integrationsprozesses wird aller Voraussicht durch die EU-Regierungskonferenz 1996 fortgesetzt. Die im Maastrichter Unionsvertrag vereinbarte künftige EU-Verteidigungspolitik soll durch die Verschmelzung oder zumindest etappenweise Annäherung von Westeuropäischer Union (WEU) und Europäischer Union realisiert werden.

⁷ GALLUP-Umfrage für NEWS, Juni 1995.

⁸ Umfrage von GALLUP und SPECTRA zwischen Mai und September 1995.

Die vor der EU-Volksabstimmung stets beteuerte Reformpolitik Österreichs in der EU war seit dem offiziellen Beitritt in keiner Weise festzustellen. Seit dem Beitrittsvertrag akzeptiert die österreichische Bundesregierung jeden Vorschlag zur weiteren Blockbildung der Europäischen Union. Verteidigungsminister Fasslabend will Österreich als WEU- und NATO-Vollmitglied sehen, Außenminister Schüssel strebt wie sein Vorgänger unverdrossen nach Kerneuropa, und Bundeskanzler Vranitzky glänzt durch europapolitische Abwesenheit. Nach Ansicht der Grünen wurden die Vorbereitungen zur Regierungskonferenz 1996, wie zum gesamten EU-Beitritt, seitens der Bundesregierung viel zu spät begonnen. Es erfolgte keinerlei Information oder Einbindung der Öffentlichkeit, nur 26 % der ÖsterreicherInnen haben überhaupt von der Konferenz gehört⁹. Die Zustimmung der österreichischen Bevölkerung zum EU-Beitritt ist allen Umfragen zufolge so schwach wie noch nie. Zwei von drei ÖsterreicherInnen würden heute bei einer Volksabstimmung NEIN zum EU-Beitritt sagen.

⁹ Umfrage von GALLUP und SPECTRA zwischen Mai und September 1995.

Die Abgeordneten stellen daher an den Bundeskanzler folgende

DRINGLICHE ANFRAGE:

1. Welche Maßnahmen - abgesehen von der Planung einer 15 Millionen Schilling teuren Werbekampagne - haben Sie seit dem EU-Beitritt gesetzt, um die Bevölkerung über die Entwicklung und die Vorhaben der EU zu informieren?
2. Welche Maßnahmen haben Sie getroffen, um die Bevölkerung nach dem EU-Beitritt umfassend über die mit 1. Jänner 1995 in Kraft getretenen Änderungen im legislativen und praktischen Bereich zu informieren?
3. Welche arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen hat die Bundesregierung seit dem EU-Beitritt Österreichs getroffen, um der erstmals rückläufigen Beschäftigungszahlen trotz gegenteiliger Prognosen entgegenzuwirken?
4. Wann und in welchen Branchen werden sich die von der Bundesregierung vorausgesagten Arbeitsplatzgewinne einstellen?

EU-Beitrittskosten

5. Vor dem EU-Beitritt Österreichs sprach die Bundesregierung wiederholt von 12 Mrd. Schilling p. a. Beitrittskosten. Begründet wurden diese Nettobeitrittskosten mit Rückflüssen nach Österreich aus den EU-Strukturfonds. Im Konvergenzprogramm der Bundesregierung scheinen nun 50 Mrd. öS als budgetwirksame Beitrittskosten 1995 auf: Wie konnte es zu dieser Fehleinschätzung bzw. zu diesen Fehlinformationen der Bevölkerung kommen?
6. Werden die EU-Fördermittel in Österreich für Bund und Länder budgetwirksam?
7. In welcher Höhe wurden EU-Fördermittel bereits ausgeschüttet (in Mrd. öS) und für welche Ziele?

8. In welcher Höhe sind darüberhinaus EU-Fördermittel bereits für konkrete Projekte verplant bzw. bestehen verbindliche Förderzusagen (in Mrd. öS pro Ziel)?
9. Weshalb wurden seitens der Kommission noch nicht alle Programmplanungsdokumente für EU-Strukturfondsförderungen (regionalen Förderziele 1 bis 5b) genehmigt?
10. Wie hoch ist der nationale Förderanteil der Fördermaßnahmen gemäß Ziel 1 bis 5b und wie erfolgt die Finanzierung der nationalen Förderanteile (exakte Aufschlüsselung nach Zielen in Mrd. öS für Bund und Länder)?
11. Gaben Bund und Länder 1995 insgesamt mehr Geld für Regionalförderung aus als die vergangenen Jahre, oder haben sich Bund und Länder infolge der Kofinanzierung von Maßnahmen durch die EU Mittel erspart?
12. Wie werden sich die Beitrittskosten und Rückflüsse in den nächsten Jahren entwickeln?
13. Sie haben vor dem Beitritt Österreichs zur EU versprochen, sich als EU-Mitglied aktiv dafür einzusetzen, daß soziale Standards in Europa ausgebaut werden:

Welche Vorstöße haben die österreichischen VertreterInnen im Europäischen Rat, dem Ministerrat sowie in den Ausschüssen und Arbeitsgruppen des Rates seit dem Beitritt Österreichs zur EU in sozialpolitischen Angelegenheiten unternommen?
14. Nennen Sie konkrete Beispiele für sozialpolitische Erfolge Österreichs in der EU?
15. Ende 1994 hat die damalige Staatssekretärin Ederer betont, der EU-Beitritt würde sich durch ein monatliche Einkommenssteigerung von 1.000,- öS niederschlagen. Kürzlich behauptete die Ex-Staatssekretärin, daß mittlerweile ein Zusatzeinkommen von 750,- öS pro Monat für die ÖsterreicherInnen erreicht ist: Können Sie diese Zahlen bestätigen und die diesbezüglichen Studien und Gutachten nennen?

Wirtschafts- und Währungsunion

16. Da die Maastrichter Konvergenzkriterien zum Eintritt in die Währungsunion ein Defizit von 3 % des BIP und eine Staatsverschuldung von 60 % des BIP vorsehen und Österreich, das im Hinblick auf die öffentlichen Finanzen bisher als "Musterland" der EU galt, 1995 ein Maastricht-Defizit von 6 % und eine Staatsverschuldung von 68 % des BIP erreicht,

verfehlte die Bundesregierung klar die Maastricht-Kriterien und das im Juli 1995 vorgelegte Konvergenzprogramm der Bundesregierung:

Zu welchem Zeitpunkt will die Bundesregierung die Konvergenzkriterien der Währungsunion erfüllen?

17. Warum wurden die Österreicherinnen und Österreicher über die Kosten der Wirtschafts- und Währungsunion durch die Bundesregierung nicht informiert?

18. Warum verschweigt die Bundesregierung nach wie vor die Wahrheit über die Budgetkrise, die neben den vierfach höheren Beitrittskosten durch die WWU-Zwänge verursacht wird?

19. Inwieweit muß das im Juli 1995 vorgelegte Konvergenzprogramm der Bundesregierung infolge des Anstiegs des Budgetdefizits 1995 verändert werden?

20. Wieviel müßte Österreich in Mrd. öS insgesamt einsparen, um 1998 3 % des BIP Defizit und 60 % des BIP Staatsverschuldung zu erreichen (in Mrd. öS für Bundessektor, Länder und Gemeinden)?

21. Rechnen Sie damit, daß Österreich bis zur Überprüfung der Kriterien für die Währungsunion 3 % des BIP Defizit und 60 % des BIP Staatsverschuldung erreichen wird bzw. erreichen kann?

22. Ist für die Erreichung von 60 % des BIP Staatsverschuldung bis 1998 auch unter der Voraussetzung einer Erfüllung des Defizitkriteriums ein Abbau der Staatsverschuldung bzw. sind dafür Budgetüberschüsse notwendig?

23. Wenn ja, wie sollen diese Budgetüberschüsse erzielt werden?

24. Das Grünbuch der Kommission über die praktischen Fragen des Übergangs zur einheitlichen Währung (KOM (95)333 endg. vom 31. 5. 1995) enthält ein Phasenmodell für die Abwicklung der 3. Stufe der Währungsunion:

Welche wirtschaftlichen Folgewirkungen hätte das Inkrafttreten einer Währungsunion 1999 für Österreich, insbesondere die Umsetzung der im Grünbuch genannten 3 Phasen?

25. Welche Folgewirkungen ergeben sich dabei für die verschiedenen Wirtschaftssubjekte (Unternehmen unterschiedlicher Größe und Branchen, KonsumentInnen, ArbeitnehmerInnen etc.)?

26. Kennen Sie Studien, Gutachten und ExpertInnen, die die von der Bundesregierung angenommenen Folgewirkungen in den genannten Bereichen belegen?

27. Durch welche Maßnahmen wird die Stabilität und Qualität der neuen Währung in Zukunft gewährleistet und das Vertrauen der AnlegerInnen sichergestellt?

28. Durch welche Maßnahmen wird sichergestellt werden, daß die Teilnehmer der Währungsunion die Konvergenzkriterien auch nach Einführung der Einheitswährung nachhaltig erfüllen?

29. Von verschiedenen Seiten wird wiederholt die Forderung nach einer Verschiebung der Währungsunion unter Ergänzung der monetären Konvergenzkriterien um soziale und ökologische Mindeststandards gefordert (u. a. von der SPD). Grund für diese Forderung ist, daß der Zwang zu gleichzeitiger überstürzter Budgetkonsolidierung in allen EU-Mitgliedstaaten zu sozialen Verwerfungen führt. Auch die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute sprechen sich für eine Abänderung der Konvergenzkriterien aus:

In welcher Form hat sich der österreichische Vertreter in der Reflexionsgruppe zur Vorbereitung der Regierungskonferenz 1996 innerhalb der Reflexionsgruppe dafür eingesetzt, die Wirtschafts- und Währungsunion auf die Tagesordnung der Regierungskonferenz zu setzen?

30. Wurde vom österreichischen Vertreter in der Reflexionsgruppe die Ergänzung der Konvergenzkriterien um soziale und ökologische Mindeststandards gefordert?

31. Sollte die Währungsunion 1999 in Kraft treten, werden nicht alle EU-Mitgliedstaaten teilnehmen können: Wie beurteilen Sie die Auswirkungen auf den bisherigen Grad der Integration und den Zusammenhalt in der EU?

32. Welche wirtschaftlichen Folgewirkungen hat die Nichtaufnahme in die Währungsunion für jene EU-Mitgliedstaaten, die bis dahin die Konvergenzkriterien nicht erreicht haben?

33. Befürwortet die Bundesregierung für diese Partnerländer Hilfsmaßnahmen zur Erreichung der Konvergenzkriterien geplant?

34. Führt die Nichtaufnahme von EU-Mitgliedstaaten in die Währungsunion nicht zu wirtschaftlicher und sozialer Destabilisierung Europas?

35. Ist es integrationspolitisch und ökonomisch nicht geradezu geboten, die Währungsunion erst dann in Kraft treten zu lassen, wenn alle EU-Mitgliedstaaten daran teilnehmen können?

36. Die Bundesregierung hat wiederholt betont, daß sich Österreich als EU-Mitglied aktiv für die rasche Erweiterung der EU um die mittel- und osteuropäischen Länder einsetzen wird:

Welche Auswirkungen hat das Inkrafttreten einer Währungsunion 1999 für die geplante Osterweiterung der EU?

37. Ist die Erfüllung der Konvergenzkriterien eine Voraussetzung für die Neubeiitte?

38. Zu welchem Zeitpunkt rechnen Sie damit, daß die Beitrittskandidaten die Konvergenzkriterien erfüllen?

39. Stellen die restriktiven Konvergenzkriterien für die Aufnahme der osteuropäischen Länder in die EU nicht auf Jahrzehnte ein unüberwindliches Hindernis dar?

40. Wie sollen gegebenenfalls notwendige Ausgleichzahlungen für osteuropäische EU-Mitgliedsstaaten finanziert werden?

41. Können Sie die erwartbaren Kosten der währungspolitischen Osterweiterung beziffern, und sind Ihnen diesbezügliche Schätzungen bekannt?

42. Der Zwang zur Erfüllung der Maastricht-Kriterien für die Währungsunion hat in den meisten EU-Mitgliedstaaten bereits zu massiven Einschränkungen bei den Sozialausgaben und zu Streiks (wie z. B. in Frankreich) geführt. Gleichzeitig haben Sie der österreichischen Bevölkerung versprochen, daß es infolge des EU-Beitrittes zu keinem Sozialabbau und keinen Steuererhöhungen kommen wird:

Können Sie ausschließen, daß die für die Teilnahme Österreichs an der Währungsunion notwendigen Einsparungen zu Kürzungen im sozialen Bereich führen werden?

43. Würden Einsparungen im sozialen Bereich infolge des Zwangs zur Erreichung der Konvergenzkriterien nicht im Widerspruch zu Ihren Ankündigungen vor der

Volksabstimmung stehen, infolge eines EU-Beitrittes keine Steuern zu erhöhen oder Sozialleistungen einzuschränken?

44. Würde eine Verschiebung der Währungsunion es ermöglichen, das Versprechen, daß es nach einem EU-Beitritt zu keinem Sozialabbau kommen werde, auch tatsächlich einzuhalten?

45. Welche wirtschaftlichen Folgewirkungen würden sich für Österreich infolge eines Verschiebens der Währungsunion um fünf Jahre ergeben?

46. Werden Sie sich angesichts der massiven Probleme der Mitgliedsstaaten, die Konvergenzkriterien zu erfüllen, und angesichts der damit verbundenen sozialen Probleme für Neuverhandlung derselben einsetzen?

47. Treten Sie im Falle der Neuverhandlung der Konvergenzkriterien für die Ergänzung um soziale und ökologische Kriterien ein?

EURATOM

48. Im Zuge der Beitrittsverhandlungen versprach die Bundesregierung gegenüber der österreichischen Bevölkerung, daß der Beitritt zur Europäischen Atomgemeinschaft EURATOM die Möglichkeit eröffne, diese im Sinne der österreichischen Anti-Atom-Politik von Innen zu verändern. In einem entsprechenden 5-Parteien-Entschließungsantrag vom 9. Februar 1995 wurde unter Punkt j) beschlossen, die Bundesregierung möge versuchen "die Zielsetzungen der IAEO und von EURATOM dahingehend zu ändern, daß die Förderung der Kernenergie unterbleibt", unter Punkt k) wurde beschlossen, die Bundesregierung möge "sich im Rahmen der Regierungskonferenz der EU im Jahre 1996 für die Schaffung europäischer Strukturen zur Förderung erneuerbarer und nachhaltiger Energieträger einsetzen":

Welche dieser Versprechen bzw. Parlamentsbeschlüsse im Sinne der Änderung, Auflösung oder des Ersatzes der EURATOM wurden von der Bundesregierung bislang realisiert?

49. In welcher Weise ist dies für die Regierungskonferenz 1996 vorgesehen?

TRANSITVERTRAG

50. Wie gedenken Sie den dramatisch zunehmenden Transitverkehr - Steigerung vom 1. Halbjahr 1994 auf das 1. Halbjahr 1995 um 22,55 Prozent - zumindest auf die Transitvertragsziele einzugrenzen?
51. Wie gedenken Sie die exorbitante Steigerung der Transithfahrten - 1. Halbjahr 1991 (Basisjahr für Transitvertrag) und 1. Halbjahr 1995 Steigerung um 36,75 Prozent - umzukehren?
52. Welche Schritte, mit welchem Ergebnis, haben Sie auf Ebene der EU gesetzt, um zumindest die Ziele des Transitvertrages einzuhalten?
53. Haben Sie Anstrengungen in bezug auf die Neuverhandlung des Transitvertrages, angesichts der realen Entwicklung, unternommen?
54. Wird der Transitvertrag zwischen der Europäischen Union und Österreich neu verhandelt?
55. Mit welchen Zielen wird Österreich in Neuverhandlungen des Transitvertrages eintreten?
56. Warum wird der Transitvertrag, angesichts des absoluten Scheiterns der gesetzten Ziele, nicht neu verhandelt?
57. Wie glaubt die Bundesregierung die versprochene Reduktion der Schadstoffe um 60 Prozent zu erreichen?
58. Neueren Berechnungen zu Folge wird die von der Bundesregierung in Aussicht gestellte Brennerbahn zwischen München und Verona nicht 170 Milliarden sondern zwischen 325 und 525 Milliarden Schilling kosten. Wie gedenken Sie dieses unsinnige "Monsterprojekt" zu finanzieren?
59. Können Sie konkrete Finanzierungsmodelle vorstellen, die die versprochene Fremdfinanzierung belegen?
60. In welcher Höhe und auf welchen Zeitraum soll die geplanten Brennerbahn von öffentlichen Mitteln finanziert werden?

61. In welchem Umfang wird sich die Europäische Union an diesem Projekt finanziell beteiligen?
62. Auf welche Rechtsgrundlage der EU stützen Sie gegebenenfalls die Erwartung einer EU-Finanzierung?
63. Verfügt die Bundesregierung über Alternativszenarien zum Ausbau der Brennerbahn, um die Transitbelastung effizient zu verringern?
64. Warum sind die Kosten für eine Fahrt über den Brenner von 850,- öS im Jahr 1994 auf 240,- öS im Jahr 1995 gesunken?
65. Entspricht es den Tatsachen, daß die Kosten für eine Fahrt über den Brenner bis 1997 auf 80,- öS sinken werden?

Sicherheitspolitik - Neutralität

66. In einer EU-Werbebrochure des Bundeskanzleramtes zur Sicherheitspolitik begründen Sie ihre sicherheitspolitische Beitrittsverhandlungsposition: "Ausgehend davon, daß der Beitritt zur Europäischen Union mit dem erwähnten Kerngehalt der Neutralität Österreichs vereinbar ist, sah die Bundesregierung davon ab, die Neutralität zum Thema der Beitrittsverhandlungen zu machen. Sie strebte im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik keine Ausnahmen und Sonderregelungen an, war jedoch auch nicht bereit, irgendwelche über den Maastrichter Vertrag hinausgehenden Verpflichtungen einzugehen." (Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik, Neutralität, Europainitiative der Bundesregierung Bundeskanzleramt (Hg.), Wien, Mai 1994, Seite 9):

Können Sie die Gründe für das Nichterwähnen der "immerwährenden Neutralität" bei den Beitrittsverhandlungen mit der EU erläutern?

67. Wie erklären Sie das Abrücken Österreichs vom vormals eingebrachten Neutralitätsvorbehalt?

68. Sie haben mehrfach, die Beteiligung Österreichs an einer künftigen europäischen Sicherheitspolitik, von der Entwicklung eines "kollektiven Sicherheitssystems" abhängig

gemacht. Stimmen Sie zu, daß derzeit in der EU keinerlei Absicht mehr erkennbar ist, ein derartiges System zu errichten?

69. Schon der Vertrag von Maastricht sieht die Zielperspektive einer gemeinsamen EU-Verteidigungspolitik vor: Wie können Sie angesichts dieses weitgehenden Zieles davon sprechen, daß die Kernelemente der "immerwährenden Neutralität" davon nicht berührt werden?

70. Welche konkreten friedenspolitischen Initiativen, die von österreichischen Vertretern in den EU-Gremien seit 1. 1. 1995 gesetzt wurden, können Sie nennen?

71. Hat die österreichische Bundesregierung in den betreffenden Ministerräten und Gremien der Europäischen Union ein gemeinsames Vorgehen mit den anderen neutralen EU-Mitgliedern gesucht?

72. Die sog. Reflexionsgruppe der EU, die die für 1996 vorgesehene Regierungskonferenz vorbereitet, kam mehrheitlich für den Bereich Sicherheitspolitik überein, auf eine Verschmelzung von Westeuropäischer Union (WEU) und Europäischer Union (EU) hinarbeiten wäre. Können Sie die diesbezügliche österreichische Verhandlungsposition präzisieren?

73. Warum wird die "immerwährende Neutralität" Österreichs in den Leitlinien der Bundesregierung zur Regierungskonferenz 1996 mit keinem Wort erwähnt?

74. Sehen Sie in der "immerwährenden Neutralität" Österreichs nicht auch eine Trumpfkarte für die Verhandlungen um die Revision der Gründungsverträge der EU in Richtung einer kollektiven Sicherheitssysteme unter UNO-Hoheit?

75. Welche konkreten Initiativen werden Sie unternehmen um die Verschmelzung zwischen dem klassischen Militärbündnis WEU und der Europäischen Union zu verhindern?

76. Gibt es konkrete Initiativen der österreichischen Bundesregierung für ein gemeinsames Vorgehen mit den anderen neutralen EU-Staaten, um die weitere Militarisierung des europäischen Integrationsprozesses gerade durch die EU-Regierungskonferenz 1996 zu verhindern?

77. Entspricht es den Tatsachen, daß im österreichischen Bundesheer Planungen und Anpassungen für einen Beitritt zu den Militärpakten der WEU bzw. der NATO vorgenommen werden?

78. Halten Sie derartige Planungen und Anpassungen des Bundesheeres für vereinbar mit dem Verfassungsgebot der umfassenden und immerwährenden Neutralität.

79. Wie stehen Sie dazu, daß mit der Verschmelzung von WEU und EU die Kernelemente der immerwährenden Neutralität gefährdet werden?

80. Wie sehen Sie die Beistandspflicht des Militärbündnisses mit der immerwährenden Neutralität vereinbar?

81. Welche konkreten innerstaatlichen und EU-Initiativen werden Sie setzen, um der verfassungsrechtlichen und völkerrechtlichen Verpflichtungen durch die "immerwährende Neutralität" zu entsprechen?

82. Ist im Falle einer weiteren Annäherung von WEU und EU eine Volksabstimmung, wenn nicht verfassungsrechtlich so doch demokratiepolitisch, geboten?

83. Sie haben anlässlich einer allgemeinen Aussprache im Hauptausschuß des Nationalrates vom 7. November 1995 erklärt, daß Österreich auch an den Petersberger Missionen der WEU teilnehmen könnte. Der WEU-Beobachter Österreich bereitet sich offensichtlich auf die Vollmitgliedschaft vor: Wie erklären Sie die Vereinbarkeit von einem österreichischen WEU-Engagement á la Petersberger Erklärung und der "immerwährenden Neutralität"?

84. Können Sie ausschließen das die sog. Petersberger Erklärung der WEU auch ein Bekenntnis zur nuklearen Abschreckungsstrategie beinhaltet?

85. Können Sie die Vereinbarkeit von nuklearer Abschreckungspolitik und immerwährender Neutralität erklären?

86. Kann davon ausgegangen werden, daß sämtliche WEU-Erklärungen und Verträge für Österreich bedeutungslos sind und bleiben?

87. Sind der österreichische WEU-Beobachterstatus und der Beitritt zur NATO-Partnerschaft für den Frieden erste Schritte in Richtung Vollmitgliedschaft Österreichs bei diesen Militärpakten?

88. Wenn nein: Können Sie die WEU- oder NATO-Vollmitgliedschaft Österreichs hinkünftig ausschließen?

89. Wie beurteilen Sie die Tatsache, daß sich Mitglieder ihres Kabinetts insb. der Verteidigungs- und der Außenminister öffentlich mehrmals von der "immerwährenden Neutralität" verabschiedet haben?

90. Welche konkreten Maßnahmen haben Sie getroffen, daß Mitglieder der Bundesregierung nicht weiterhin Neutralitätsdemontage betreiben?

Schengen

91. Der Schengen-Vertrag schließt nicht nur hilfeschende Menschen aus Nicht-EU-Staaten aus, der Schengen-Vertrag und die entsprechenden Bestimmungen ziehen auch eine Grenze zwischen den Menschen in der Europäischen Union:

Warum hat die Bundesregierung nur wenige Monate nach dem EU-Beitritt das Beitrittsprotokoll zu den Schengen Verträgen unterzeichnet?

92. Ist mit der Schengen-Mitgliedschaft Österreichs die Reisefreiheit beispielsweise zwischen Österreich und Italien gewährleistet?

93. Österreich hat seit 1991 sein Militär an den östlichen Grenzen des Landes im Einsatz, um flüchtende Menschen mittels militärischer Gewalt "abzufangen":

Ist die nunmehr beschlossene Aufstellung einer eigenen Grenzschutztruppe eine Ergänzung oder der Ersatz für den Assistenzeinsatz des Bundesheeres an den Ostgrenzen?

94. Besteht ein Zusammenhang zwischen der Aufstellung einer eigenen Grenzschutztruppe in Österreich und den Schengen-Verträgen?

95. Können Sie die konkreten Kosten dieser Grenzschutztruppe für die Jahre 1995, 1996, 1997 und 1998 nennen?

Europol

96. Wie hoch sind die budgetwirksamen Kosten durch den EUROPOL- und Schengenbeitritt in den Jahren 1995 und 1996?

97. Warum hat Österreich im Rahmen von Europol zwar für eine Beteiligung des EuGH votiert, nicht aber gegen die zahlreichen Bestimmungen, durch die Bürgerrechte verletzt werden?

Demokratie & BürgerInnenrechte

98. Eine tiefgreifende Demokratisierung der EU wurde von der österreichischen Bundesregierung immer als ein wesentliches Element einer EU-Reform "von Innen" angesehen. Warum hat Österreich die Bemühungen der skandinavischen Länder um ein umfassendes Informationsrecht aller BürgerInnen nicht unterstützt?

99. Vor der Volksabstimmung zum EU-Beitritt hat die österreichische Bundesregierung mehrfach erklärt, einer Entwicklung der EU zu einem europäischen Bundesstaat keinesfalls zuzustimmen. Nach der Volksabstimmung hat Frau Staatssekretärin Ederer eine solche Entwicklung ausdrücklich begrüßt:

Sind Sie bereit, einem europäischen Bundesstaat eine klare Absage zu erteilen?

100. Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um eine möglichst große Unterstützung von Partnerländern dafür zu gewinnen, demokratiepolitischen Grundprinzipien - wie z.B. der Gewaltenteilung, der Öffentlichkeit der Gesetzgebung, der Bindung der Verwaltung an die Gesetze - in der EU für die Zukunft zum Durchbruch zu verhelfen?